

## Antrag

Hannover, den 15.10.2019

Fraktion der FDP

### **Das Agrarpaket der Bundesregierung und die Verschärfung der Düngeverordnung stoppen - Niedersachsen muss sich unterstützend hinter seine Landwirte stellen!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Am 4. September 2019 teilte die Bundesregierung mit, dass sich die verschiedenen Ressorts auf ein Agrarpaket geeinigt haben. Dieses beinhaltet schwerpunktmäßig ein Insektenschutzprogramm, ein freiwilliges Tierwohllabel und die Umschichtung der Direktzahlungen. Die Forderungen umfassen u. a. die schrittweise Begrenzung und den Ausstieg aus der Glyphosatnutzung sowie ab 2021 ein Verbot von Herbiziden und bestimmten Insektiziden in Schutzgebieten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. dass die Inhalte und die Kernaussagen des Agrarpakets überarbeitet werden. Pflanzenschutz und Düngung müssen weiterhin in praxis- und bedarfsgerechter Form auch in Schutzgebieten sichergestellt sein,
2. dass im Natur- und Umweltschutz zu einem Kurs der Kooperation mit der Landwirtschaft zurückgekehrt wird und Verbote und Einschränkungen ausschließlich faktenbasiert und auf wissenschaftlicher Grundlage festgelegt werden,
3. dass die Düngeverordnung ihre Wirkung entfalten kann, ehe zusätzliche Verschärfungen beschlossen werden. Eine Mangelernährung von Nutzpflanzen deutlich unter dem Bedarf ist abzulehnen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

4. die Gebietskulisse für die Roten Gebiete zu überprüfen und gemeinsam mit der Landwirtschaft gezielte wirkungsvolle Maßnahmen für die Brunnen zu entwickeln, die über dem Grenzwert liegen.
5. zusätzliche Insektenschutzprogramme anzubieten, die es der Landwirtschaft ermöglichen, noch mehr für den Insektenschutz zu tun.

#### Begründung

Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner wird Anfang Oktober von mehreren Zeitungen zitiert, dass es zwar keine valide Studie gebe, die die Krebserregung von Glyphosat bestätige, das Mittel aber aufgrund der fehlenden gesellschaftlichen Akzeptanz ein „totes Pferd“ sei.

Bundesweit wurde Kritik an dem Agrarpaket laut. Mehr und mehr Landwirte beteiligen sich an der stillen Protestaktion „grüne Kreuze“ oder organisieren weitere Demonstrationen. Das Agrarpaket mit seinen aktuellen Forderungen ist ein Sargnagel für die Landwirtschaft. Es hätte ein Höfesterben ungeahnten Ausmaßes zur Folge und würde den Strukturwandel weiter anheizen. Der Kauf regionaler Produkte würde erschwert werden, und die fehlenden regionalen Produkte würden durch Importe ausgeglichen werden. Importe aus Ländern, in denen nicht nur Glyphosat das Mittel der Wahl ist, sondern in denen auch andere Wirkstoffe verwendet werden, die in Deutschland lange verboten sind. Somit hätte man dem Umweltschutz einen Bärendienst geleistet. Heimischen Landwirten, die in der Lage und gewillt sind, mit Natur- und Umweltschützern Hand in Hand zu arbeiten, wird die

Grundlage zur Produktion regionaler Erzeugnisse entzogen, und gleichzeitig werden Produkte aus dem Ausland importiert, die nach weniger strengen gesundheitlichen Vorschriften produziert werden.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 16.10.2019)